

29.09.2017 – PM 88/2017

Tag des Flüchtlings

IG BAU: Künftige Regierung muss sich klar zum Asylrecht bekennen

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die künftige Bundesregierung auf, sich eindeutig und hörbar zum Recht auf Asyl zu bekennen, wie es im Grundgesetz und in der von Deutschland unterzeichneten Genfer Flüchtlingskonvention festgelegt ist. „Das Recht auf Asyl wurde aus moralischer Verantwortung vor unserer Geschichte in das Grundgesetz aufgenommen. Viele von den Nazis Verfolgte mussten hilflos auf ihre sichere Ermordung warten, weil sie nirgends Zuflucht fanden. Heute, siebzig Jahre später, sind wir die Zuflucht, und wir dürfen es nicht akzeptieren, dass Menschen in Not abgewiesen werden“, sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Carsten Burckhardt anlässlich des heutigen (für die Red.: 29. September 2017) bundesweiten Tags des Flüchtlings. „Es ist abzusehen, dass viele der Geflüchteten ihre Heimat nie wiedersehen können. Diese Menschen brauchen eine Perspektive. Gute Deutschkenntnisse sind dafür der Schlüssel. Geflüchtete müssen endlich richtige Sprachkurse erhalten, in denen ihnen auch kulturelle Unterschiede erklärt werden. Sie brauchen Wohnungen sowie Arbeit und zwar zu den gleichen Bedingungen, wie sie für alle anderen Beschäftigten gelten. Ein Missbrauch von Geflüchteten als Billigarbeiter, wie es sich manche Wirtschaftslobbyisten wünschen, ist mit der IG BAU nicht zu machen.“

Der Tag des Flüchtlings findet im Rahmen der Interkulturellen Woche statt. An diesem Tag appellieren Gewerkschaften ebenso wie die Kirchen, Wohlfahrtsverbände sowie zahlreiche Initiativen und Kommunen an die internationale Gemeinschaft, sich nicht gegenüber der Not von Geflüchteten zu verschließen und ihnen Schutz vor Krieg und Verfolgung zu ermöglichen.